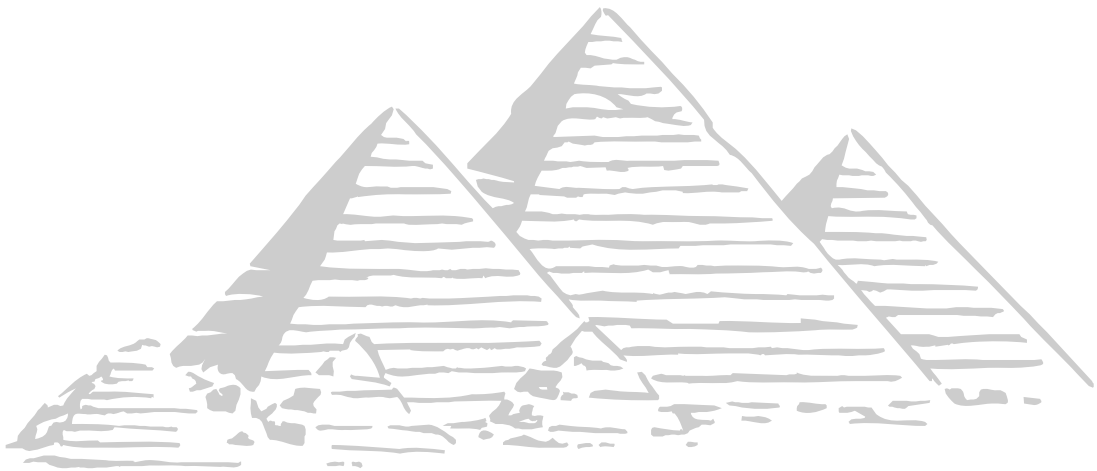


Konrad-Adenauer-Stiftung
Länderbüro Kairo

KAIRO - NEWS

Oktober 2006



4. Jahreskonferenz der NDP

- Ansonsten ereignisloser Parteitag gebiert Nuklearooption -
Michael A. Lange

Konrad-Adenauer-Stiftung
Länderbüro Kairo
35, Abu El Feda Street
Zamalek, Kairo

Tel. 0020-2-735 43 29
Fax: 0020-2-737 21 21
kaf@internetegypt.com
<http://www.kas.de>

4. Jahreskonferenz der NDP

- Ansonsten ereignisloser Parteitag gebiert Nuklearoption -

Vorbereitungen zur Parteikonferenz

Der auf dem letzten großen Parteitag der NDP beschlossenen Praxis folgend, in jedem Jahr eine sog. Jahreskonferenz der Partei abzuhalten, um über neuere politische Entwicklungen und den daraus resultierenden Entscheidungsbedarf für die Partei zu diskutieren, trafen sich vom 18. – 20. September wieder etwa 2800 Delegierte zum diesjährigen 4. Jahreskongress der Regierungspartei NDP.

Die Jahreskonferenz kam zu einem Zeitpunkt, als sich das Land von der kritischen Rezeption seiner Rolle im jüngsten Libanonkonflikt erholte, der Fortschritte im inner-palästinensischen Aussöhnungsprozess zwecks Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit harrte und gerade begann, sich mit der heftigen Kritik an den vom Papst in seiner Ansprache in Regensburg verwendeten Zitate zur Rolle des Islam in der byzantinischen Geschichte auseinanderzusetzen.

Alle diese Ereignisse kosteten der Jahreskonferenz einiges an öffentlicher Aufmerksamkeit, boten aber gleichzeitig die Möglichkeit sich in größerer Ruhe um die aktuellen Probleme des Landes zu kümmern. Zur größeren Intimität des Treffens trug sicherlich auch der Umstand bei, dass sich nicht zuletzt auch das ausländische Interesse an der Jahreskonferenz stark verringert hatte, weil die Regierungspartei in den Monaten seit der erfolgreichen „Bewältigung“ der demokratischen Herausforderung durch landesweite Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von wichtigen Versprechungen, wie dem der Beendigung des Ausnahmezustandes und der Änderung wichtiger Artikel in der ägyptischen Verfassung inzwischen wieder deutlich abgerückt war. Letztere hatten in den Monaten des Wahlkampfes auch die ausländische Auseinandersetzung mit den politischen Entwicklungen in Ägypten bestimmt, waren dann jedoch bald schon wieder in den Hintergrund getreten.

Statt sich um die Umsetzung dieser (Wahl-)Versprechen zu kümmern, hatte die Regierungspartei wieder damit begonnen, Vertreter der in den Wahlen so erfolgreichen ägyptischen Moslembruderschaft zu verfolgen bzw. verhaften und erst einmal beschlossen die eigentlich in diesem Jahr anstehenden Lokalwahlen um zwei Jahre zu verschieben.

Diese Verschiebung hatte die Regierungspartei zwar damit begründet, sie wolle auch auf lokaler Ebene mehr Demokratie wagen und dieser Ebene mehr Kompetenzen zuweisen, wofür jedoch Verfassungsänderungen vorzunehmen unabdingbar sei, viele Beobachter unterstellen aber, die Regierungspartei wolle mit dieser Verschiebung nur Zeit gewinnen, um solche (restriktive) Verfassungs- bzw. Wahlrechtsänderungen durchsetzen zu können, welche der ägyptischen Moslembruderschaft einen nochmaligen Wahlsieg gegen die NDP von vorneherein unmöglich machen sollen.

Dabei fiel politischen Beobachtern besonders auf, dass sowohl der Termin für die Aussetzung des Ausnahmezustandes wie auch der für die Lokalwahlen um genau zwei Jahre verschoben wurde und gleichzeitig das Jahr 2007 zum entscheidenden Jahr einer umfassenden Verfassungsreform erklärt worden war, was viele vermuten ließ, dass in den nächsten beiden Jahren die entscheidenden Voraussetzungen für den zu erwartenden Machtübergang im Land geschaffen werden sollen.

Konferenzverlauf

Schon im Vorfeld des Kongresses war heftig über die Frage diskutiert worden, was denn unter den gegebenen politischen Umständen das Hauptthema bzw. Motto der diesjährigen Jahreskonferenz sein könnte. Nach Bekanntgabe des wenig beeindruckenden Konferenzslogans: „Neues Denken und ein zweiter Sprung in die Zukunft“ wurde seitens der Parteiführung erklärt, man wolle sich auf dieser Konferenz um die Erarbeitung unkonventioneller

Lösungen für die andauernden Probleme Ägyptens bemühen (nachdem „der erste Sprung“ offensichtlich noch nicht die erhofften positiven Ergebnisse gezeitigt hatte).

Der Generalsekretär der Partei, Safwat al Sherif betonte in seinen Begrüßungsworten dann auch, dass die Partei vereint sei im Willen den Modernisierungsprozess im Land Schritt für Schritt (Sprung für Sprung?) fortzusetzen und dabei die Pluralität der Meinungen und Auffassungen zu beachten bzw. diesen in ausführlichen Debatten innerhalb der Partei Raum zu gewähren. Er bestritt dabei altersbedingte Unterschiede in der Sichtweise und Einschätzung politischer Probleme und betonte vor dem Hintergrund unterstellter wachsender Divergenzen zwischen einem sog. „Reformflügel“ der Partei (um Gamal Mubarak) und einer sog. „Alten Garde“ (um den inzwischen ausgeschiedenen Kamel El Shazli) die Einheit der regierenden Staatspartei.

In seinem, der Begrüßung des Generalsekretärs folgenden, Einführungsreferat richtete erstmals der stellvertretende Generalsekretär und Vorsitzende des „Politischen Sekretariats“ der NDP, Gamal Mubarak und nicht der Parteivorsitzende das Wort an die Delegierten und kündigte an, dass sich die diesjährige Jahreskonferenz der Partei zum Ziel gesetzt habe, sich im Rahmen von 24 politischen Positionspapieren vor allem den Sorgen und Nöten der einfachen Bevölkerung widmen zu wollen. Er stellte in Aussicht, dass sich die Partei jetzt ungewohnten Konzepten öffnen wolle, um die weiter andauernden Probleme für den einfachen Bürger zu lösen, und dass man überprüfen wolle, inwieweit die vor 4 Jahren auf dem letzten „großen“ Parteitag beschlossene Vision noch mit den aktuellen Realitäten in Einklang stehe.

Er unterstrich dabei seine Überzeugung, dass der Staat in Zukunft nicht mehr der alleinige Anbieter sozialer Dienst- bzw. Fürsorgeleistungen sein könne, sondern sich vermehrt auf die Rolle des sozial verpflichteten Regulativs bzw. des Gesetzgebers zurückziehen müsse.

In der Zukunft sei vielmehr der einzelne Bürger selbst aufgerufen, Vorsorge zu treffen und seine neue Rolle in einem sich privatisierenden Umfeld zu finden. Dem Bürger würden jetzt immer mehr Partizipationsmöglichkeiten eröffnet, die er aber auch verantwortlich nutzen müsse, als privater Investor, wie als Verbraucher bzw. Kunde und als verantwortungsvolles Mitglied der ägyptischen Zivilgesellschaft.

Es gehe ihm persönlich dabei vor allem um die Zukunft Ägyptens und seiner führenden Rolle in einem immer komplizierter werdenden Nahen Osten. Ägypten sei immer stärker aufgerufen, seine eigenen Interessen zu definieren und auch zu verfolgen und sich nicht von anderen Mächten gängeln zu lassen. Er kritisierte dabei Vorhaben wie die „Greater Middle East Initiative“, mit deren Hilfe -so Mubarak- ausländische Mächte versuchen würden, der Region ihre arabische Identität zu nehmen und im Westen konzipierte aber für den Nahen Osten untaugliche Demokratievorstellungen und -modelle durchzusetzen...

Im Zentrum der folgenden Erörterungen während des dreitägigen Treffens standen dann die verschiedenen politischen Positionspapiere. Bei einigen dieser in den verschiedenen Arbeitsgruppen zu diskutierenden Papiere wurden die folgenden wichtigen verfassungsrelevanten Fragen aufgegriffen:

- das Recht des Parlaments, der Regierung das Vertrauen zu entziehen ohne dafür ein allgemeines Referendum abhalten zu müssen,
- das Recht des Parlaments den Staatshaushalt genauer zu durchleuchten
- das Recht des Schurates Verfassungsänderungen vorab rechtlich zu prüfen

Es ging in den behandelten Konferenzpapieren zudem auch um die beabsichtigte Stärkung der Rolle der Regierung etwa durch die zukünftige Verpflichtung des Präsidenten, in allen Fällen, in denen die Nationale Einheit bzw. Sicherheit gefährdet erscheint, die Meinung des Ministerpräsidenten, des Parlamentspräsidenten und des Schuratsvorsitzenden einzuholen.

Außerdem solle geprüft werden, ob die Regierung das Recht erhalten solle, Dekrete einzusehen, bevor sie dem Präsidenten zur Verkündung vorgelegt werden.

Einstimmig beschlossen wurde auf der Jahreskonferenz schon einmal die baldige Abschaffung des Amtes des „sozialistischen Chef-Anklägers“ (socialist prosecutor-general), eines letzten Reliktes aus der sozialistischen Ära Ägyptens, sowie des Hohen Rats für Justizorgane. In diesem Zusammenhang stellte der für die Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und der Partei/Regierung zuständige Staatsminister Moufid Shehab klar, dass das avisierte Anti-Terror Gesetz zwar den Ausnahmezustand beenden helfen, nicht jedoch die bereits existierenden Notstandsgesetze ersetzen bzw. abschaffen solle. Außerdem erfordere die beabsichtigte Ausweitung kommunaler Entscheidungsrechte sowohl die Änderung einiger Verfassungsartikel als auch einiger Aspekte des existierenden Kommunalgesetzes, weshalb diese zurückgestellt werden müssten. Es sei jedoch in den jetzt erst für das kommende Jahr angesetzten Lokalwahlen beabsichtigt, sowohl am System des individuellen Wahlkreiskandidaten wie auch an der umfassenden Kontrolle der Wahlen durch ägyptische Richter festzuhalten. Auch solle die Einführung eines neuen Wahlmodus wie die Einrichtung einer Frauenquote im Parlament noch eine Zeitlang in der Partei wie in der Öffentlichkeit ausgiebig diskutiert werden, bevor man zu konkreten Gesetzentwürfen voranschreiten wolle.

Immer wieder war der Partei in diesem Zusammenhang in den letzten Wochen vorgeworfen worden, sie wolle im Wege einer Veränderung des Wahlmodus weg von der Personen- und hin zur Listenwahl verhindern, dass Anhänger der Moslebrüder in Zukunft überhaupt noch an solchen Wahlen teilnehmen können. Solange nämlich das Verbot der Moslebruderschaft bzw. ev. Parteigründungen der Moslebruderschaft bestehen bleibt, könnte sie auch keine Wahlliste aufstellen und damit dann auch nicht mehr gewählt werden und Vertreter in diese „demokratischen“ Organe entsenden.

Am letzten Tag der drei-tägigen Parteikonferenz unterstrich der junge Mubarak in seinem Schlussplädoyer mit Blick auf die von ihm in seiner Eröffnungsrede gemachten kritischen Bemerkungen zu den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Ägypten dann noch einmal seine Auffassung, dass zwar weiterhin starke strategische Beziehungen zwischen beiden Ländern bestünden, dies müsse aber nicht bedeuten, dass die Auffassungen der beiden Regierungen immer deckungsgleich sein müssten.

Zum Abschluss der Konferenz fasste der 78-jährige ägyptische Präsident dann in seiner Schlussrede die wichtigsten Diskussionspunkte der Konferenz noch einmal zusammen und betonte, dass er bzw. seine Regierung das Jahr 2007 zum „Jahr der Verfassungsreform“ machen werde. Die auf der Konferenz erörterten wichtigsten Elemente einer solchen Verfassungsreform würden jedoch nicht zu einem vollständigen Neuentwurf der ägyptischen Verfassung führen, sondern nur solche Artikel der Verfassung betreffen, die unmittelbar das existierende Regierungssystem beschreiben.

Die von der Opposition geforderte Überarbeitung der gerade erst auf seine Initiative hin geänderten Verfassungsartikel 76 und 77 würden dagegen genauso wenig einer Revision unterzogen wie die Notstandsgesetze. Nur der seit 25 Jahren andauernde Ausnahmezustand solle baldmöglichst außer Kraft gesetzt werden.

Oppositionelle Kritik an den Parteitagsbeschlüssen

Am Ende der Konferenz wunderten sich die meisten politischen Kommentatoren, was denn die Jahreskonferenz Neues gebracht habe, außer der (noch zu diskutierenden) neuen Nuklearoption des Landes und ob dieser „Nuklear-Scoop“ nicht vielleicht hauptsächlich die politische Substanzlosigkeit der Konferenz übertünchen sollte.

Viele gaben der beißenden Kritik Amr Hashem Rabies Recht, der die auf der Parteikonferenz erörterten „Verfassungsreformen“ in seinem Kommentar in der Al-Ahram Weekly in überraschend provozierender Weise als solange vollkommen unbedeutend bezeichnete, solange es der Staatspartei weiter gelänge, das in Zukunft aufzuwertende Parlament wie bisher

mit Hilfe manipulierter Wahlen ins Parlament entsandte Mehrheit eigener, abhängiger Abgeordneten zu „über“-füllen. Von diesen Abgeordneten zu erwarten, sie würden der eigenen Regierung das Misstrauen aussprechen, sei genauso naiv, wie zu glauben, mit den geplanten Verfassungsreformen würde man die herrschende „Präsidialdiktatur“ beenden.

In ähnlicher Weise beurteilte auch der Führer der oppositionellen Tagammu Partei, Rifaat El-Said, die vorgeschlagenen Reformen und plädierte sogar für eine vollständige Abschaffung des Schurats in seiner jetzigen Form, solange diese zweite Kammer der ägyptischen Nationalversammlung nicht über ein ausreichendes Maß wirklicher gesetzgeberischer Mitbestimmung verfüge. Auch er empfahl eine völlige Abschaffung des dem Präsidenten im Ausnahmezustand außergewöhnliche Vollmachten verleihenden Artikel 74 der Verfassung, wobei er ebenso wenig überzeugt ist, dass das jetzt geplante Gebot, in solchen Fällen den Parlaments- und Ministerpräsidenten konsultieren zu müssen, an der Machtfülle des Präsidenten etwas ändern würde.

.

Politisches Sekretariat der NDP

Generalsekretär:	Safwat El-Sherif
Stellv. Generalsekretäre:	
Sekretär für Politik:	Gamal Mubarak
Sekretär für Organisation und Verwaltung:	Zakaria Azmi
Sekretär für Parlamentarische Angelegenheiten:	Moufid Shehab
Sekretär für Organisation:	Ahmed Ezz
Sekretär für Presse und Medien:	Alie Eddin Helal
Sekretär für Verwaltung:	Said Adel El-Alfi
Sekretär für Politische Bildung und Training:	Mohamed Kamel
Sekretär für Mitgliedsfragen:	Magid El-Sherbini
Sekretär für Bauern:	Ahmed Mansi
Sekretär für Arbeiter:	Ahmed Abdel Halim
Sekretär für Frauen:	Aisha Abdel Hadi
Sekretär für Jugend:	Mohamed Heiba
Sekretär für Ingenieure:	Mohamed Hassan El-Hefnawi
Sekretär für Unternehmer:	Hossam Badrawi
Sekretär für Kommunale Angelegenheiten:	Mohamed Abdel Mohssen Saleh
Sekretär für Auswärtige Angelegenheiten:	Mohamed Abdellah
Sekretär für Werte:	Mohamed El-Dakrori